

# Neuaufgabe der Flüchtlingslehre

Der Bund startet noch einen Versuch, Immigranten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren

Von Andrea Sommer, Bern

Seit Jahrzehnten bemühen sich Bund, Kantone und Gemeinden darum, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Seit der Asylgesetzrevision 2008 besteht sogar der gesetzliche Auftrag, auch die Arbeitsintegration von vorläufig Aufgenommenen zu fördern. Der Erfolg ist bescheiden: Gemäss der Statistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) aus dem Jahr 2016 betrug die Erwerbsquote bei den vorläufig Aufgenommenen 31,7 Prozent, bei den anerkannten Flüchtlingen waren es sogar nur 26,7 Prozent.

Doch nun soll alles besser werden: Wie die zuständige Justizministerin Simonetta Sommaruga am Montag vor den Medien erklärte, haben sich Bund und Kantone auf eine «gemeinsame Integrationsagenda» verständigt, um Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene «rascher in die Arbeitswelt» zu integrieren (siehe Box). Dass dies gelingt, ist dringend nötig. Seit 2012 erhielten fast 50 000 Asylbewerber ein Bleiberecht und viele Gemeinden ächzen unter den steigenden Sozialkosten. Ändert sich nichts, dann ist laut der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) mit einer jährlichen Kostensteigerung von vier Prozent oder 100 Millionen Franken zu rechnen.

## Erfahrungen in Bern und Luzern

Eines der Rezipienten gegen die Arbeitslosigkeit im Flüchtlingsbereich ist die sogenannte Integrationsvorlehre für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Der Kurs mit dem sperrigen Namen ist ein Pilotprojekt des Bundes und startet diesen Sommer. Die Ausbildung dauert ein Jahr und soll die Teilnehmer fit machen für eine Anlehre oder eine Lehre. Allerdings ist die Idee einer Flüchtlingslehre nicht neu: Bereits 2006 lancierte der Bund ein ähnliches Projekt – mit dürftigem Erfolg. Die Mehrheit der Teilnehmer fand keine feste Stelle oder brach die Lehre ab.

Für das neue Pilotprojekt gibt der Bund in den nächsten vier Jahren 54 Millionen Franken aus. Dafür sollen jedes Jahr 800 bis 1000 Personen das Programm durchlaufen können. Das SEM geht davon aus, dass mindestens 70 Prozent der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen im erwerbsfähigen Alter ein Potenzial aufweisen, sich nachhaltig am Arbeitsmarkt zu beteiligen. Allzu überzeugt vom Erfolg des Projektes scheinen die Verantwortlichen jedoch nicht zu sein: Bis 2023 prognostizieren sie eine Erhöhung der Erwerbsquote auf lediglich 40 Prozent.

In Bern startete vor drei Jahren ein vergleichbares Pilotprojekt. Der Kanton, die kantonalen Berufsverbände der Bau- und der Schreinermeister und die Technische Fachschule (TF) bieten einen «Fachkurs Bau» sowie die «Ausbildung EBA Holz» an. Der Fachkurs dauert ein



Fit für das Berufsleben. Bis 2023 soll sich die Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auf 40 Prozent erhöhen. Foto Keystone

Jahr und befähigt die Absolventen dazu, eine Stelle auf dem Bau zu finden. Die Ausbildung zum Schreinerpraktiker oder zum Holzbearbeiter mit eidgenössischem Berufsattest dauert zwei Jahre. Laut dem TF-Projektverantwortlichen Felix Schärer haben seit 2015 insgesamt 76 Personen die Kurse begonnen, 29 von ihnen haben die Ausbildung erfolgreich

abgeschlossen, bei 33 läuft der Kurs noch und 14 haben abgebrochen. Die Gründe für einen Abbruch seien vielfältig. Im günstigsten Fall habe jemand eine Lehrstelle gefunden. Oft waren die Teilnehmer aber ungeeignet oder sich über die Herausforderungen auf dem Bau nicht klar gewesen. Ausserdem habe es Teilnehmer gegeben, die von

traumatischen Erlebnissen eingeholt worden seien.

Im Kanton Luzern, wo seit 2015 ein ähnliches Projekt läuft, haben laut der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen von 37 Teilnehmern 25 eine Ausbildung zum Baupraktiker mit eidgenössischem Berufsattest beginnen können. Drei Personen starteten eine Maurerausbildung mit Fähigkeitszeugnis. Am aktuellen Lehrgang nehmen 15 Personen teil, wovon zehn bereits einen Lehrvertrag unterzeichnet haben.

## 50 Prozent mit Anschlusslösung

Auch im Kanton Bern finden laut Felix Schärer gut 50 Prozent der Absolventen ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung eine Lehrstelle oder einen Job. Letzteres bedeutet allerdings nicht, dass die Betroffenen nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig sind. Migranten arbeiteten oft in Tieflohnbranchen, so Schärer. Weil die Gesamtarbeitsverträge für Lehrabgänger «anständige Löhne» vorsehen würden, entstehe die paradoxe Situation, dass der Lohn eines schlechter qualifizierten Berufsattest-Absolventen nur 300 Franken tiefer sei als der Einstiegslohn eines Lehrabgängers mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis. Nur wenige Arbeitgeber seien bereit, für schlechter qualifizierte mit geringen Deutschkenntnissen einen so hohen Einstiegslohn zu bezahlen. «Einstiegszuschüsse an den Lohn durch die öffentliche Hand sind hier eine interessante Möglichkeit», so Schärer. «Dies wird zurzeit politisch diskutiert.»

Ob die Integrationsvorlehre den erhofften Erfolg bringt, bleibt abzuwarten. Immerhin scheint sie bei den Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen besser anzukommen als das 2015 von SEM und Bauernverband lancierte Arbeitsintegrationsprojekt. Weil die Projekt-Auswertung noch läuft, will sich der Bauernverband derzeit nicht zu den Resultaten äussern. Wie aus Landwirtschaftskreisen jedoch zu vernehmen ist, war das Projekt ein Flop.

Dies lassen auch die Zahlen aus dem Kanton Luzern vermuten: 2016 und 2017 konnten nur insgesamt sechs Flüchtlinge an Landwirte vermittelt werden. Drei von ihnen haben das Arbeitsverhältnis abgebrochen. Laut Kanton waren die Anforderungen zu hoch und die Bereitschaft, die Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, zu tief gewesen. Oder die Sozialhilfe zu hoch, wie die Erfahrung von Beat Bösiger von der gleichnamigen Gemüsekulturen AG im bernischen Niederbipp zeigt. Bösiger hatte im Rahmen des Projekts einen Somalier beschäftigt, mit dessen Arbeit er zufrieden gewesen sei. Nach zwei Monaten habe der Mitarbeiter allerdings kündigen wollen. Bösiger: «Dies weil seine Kollegen, die nicht arbeiteten, Ende Monat fast gleich viel Geld hätten wie er.»

## Integrationsagenda mit verbindlichen Zielen

**Bern.** Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sollen rascher in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Kantone kritisieren seit Längerem, die Bundesgelder reichten dafür nicht aus. Nun haben sich Bund und Kantone geeinigt. Gemeinsam mit Kantonsvertretern hat Justizministerin Simonetta Sommaruga am Montag eine Integrationsagenda vorgestellt. Heute zahlt der Bund den Kantonen für jede Person mit Bleiberecht eine einmalige Integrationspauschale von 6000 Franken. Neu sind es 18 000 Franken. Dies führt beim Bund zu jährlichen Mehrausgaben von 132 Millionen Franken. Längerfristig rechnen Bund und Kantone aber mit Einsparungen, weil Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene rascher in der Berufswelt Fuss fassen. Entlastet werden soll vor allem

die Sozialhilfe. Für diese sind grundsätzlich die Kantone zuständig. Der Bund vergütet ihnen aber im Asylbereich die Kosten – für vorläufig Aufgenommene während höchstens sieben Jahren und für Flüchtlinge während höchstens fünf Jahren. Die Integrationsagenda legt verbindliche Ziele fest, die durch einen für alle Kantone geltenden Integrationsprozess erreicht werden sollen. Dazu gehört, dass Personen mit Bleiberecht nach drei Jahren Grundkenntnisse einer Landessprache haben. Der Integrationsprozess soll bereits kurz nach der Einreise einsetzen. Bei allen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen im erwerbsfähigen Alter wird künftig das Potenzial abgeklärt. Eine Fachperson soll sie während des Integrationsprozesses begleiten. SDA

## Der EU ein Dorn im Auge

Kommission verteidigt flankierende Massnahmen

**Bern.** Bis im Sommer will Aussenminister Ignazio Cassis eine Einigung beim Rahmenabkommen mit der EU. Trotz neuer Verwerfungen zeigte er sich in der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats (APK) optimistisch.

Diese hat mit dem Aussenminister über die Präzisierung des Verhandlungsmandats diskutiert, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. Der Bundesrat entschied Anfang März, bei der Streitbeilegung ein Schiedsgericht zu akzeptieren. Der Durchbruch schien zum Greifen nah, Cassis stellte eine Einigung über die technischen Aspekte bis im Sommer in Aussicht.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Frage der Streitbeilegung den Blick auf weitere ungelöste Probleme verdeckt hat. Eines davon sind die flankierenden Massnahmen. Diese haben zum Ziel, Erwerbstätige trotz freiem Personenverkehr vor missbräuchlichen Unterschreitungen der Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schützen.

## Cassis gibt sich optimistisch

Die flankierenden Massnahmen seien der EU ein Dorn im Auge, so Kommissionspräsident Filippo Lombardi (CVP/TI). «Es ist eine der offenen Fragen in den Verhandlungen.» Der Bundesrat hat die flankierenden Massnahmen jedoch zur roten Linie erklärt. Die APK steht dabei hinter der Regierung: «Wir sind felsenfest entschlossen, diese zu behalten», erklärte Lombardi.

Weitere Probleme sind noch offene technische Fragen zur Streitbeilegung und zu den Beihilfen. Trotz dieser Hürden auf dem Weg zu einer Einigung ist Cassis laut Lombardi optimistisch. Er selber gibt sich zurückhaltend. Er habe den früheren Aussenminister Didier Burkhalter oft genug zuversichtlich erlebt, sagte er. «Ob der Optimismus von Cassis fundierter ist als jener von Burkhalter, wird sich zeigen.» SDA

## Nachrichten

### Radios sollen weniger für Musik bezahlen

**Bern.** Regionale, gebührenfinanzierte Radiosender in Berg- und Randregionen sollen weniger für das Abspielen von Musik bezahlen. Die Fernmeldekommission des Ständerats (KVF) hat eine Motion aus dem Nationalrat mit diesem Ziel gutgeheissen. Dieser hatte die Motion nur teilweise angenommen. Die KVF stimmte den gleichen Punkte zu. Nach Ansicht der Mehrheit handelt es sich um einen guten Kompromiss zwischen dem Schutz des geistigen Eigentums und der Versorgung der Berggebiete und Randregionen mit hochwertigen Radioangeboten. SDA

### Kommission nimmt PostFinance in die Pflicht

**Bern.** PostFinance soll Auslandsschweizern zu ähnlichen Konditionen wie inländischen Kunden Zugang zu ihren Dienstleistungen gewähren. Das verlangt der Nationalrat. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats ist damit einverstanden. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass PostFinance eine besondere Verantwortung gegenüber den Auslandsschweizern hat. Das Unternehmen sei eine 100-prozentige Tochter der Post, deren Alleinaktionär der Bund ist. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass die Umsetzung der Motion die PostFinance gegenüber den Privatbanken benachteiligen würde. SDA

### Bio-Absatz innert zehn Jahren verdoppelt

**Bern.** Der Absatz von Bio-Produkten hat sich in der Schweiz innert zehn Jahren verdoppelt. Wurden 2007 noch Bio-Artikel für 1,3 Milliarden Franken verkauft, waren es 2017 bereits 2,7 Milliarden. Der Biomarkt wuchs umsatzmässig 7,6 Prozent im Jahr. Der Marktanteil für Bio-Lebensmittel lag 2007 bei 4,6 Prozent, 2017 erreichte er 9 Prozent. Noch ausgeprägter ist der Anteil bei den Frischprodukten; er stieg von knapp 6 auf 11,5 Prozent. SDA

## Tausende Demonstranten fordern Lohnungleichheit

Gewerkschaften und Politiker kritisieren zum Tag der Arbeit Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau

**Bern.** Transparente, laute Sprechgesänge, Festreden und Umzüge: In der Schweiz haben am Tag der Arbeit Tausende laut und bunt auf die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau aufmerksam gemacht. Gewerkschaften und Politiker aus dem linken Spektrum forderten, dass die Verfassung «endlich» eingehalten werde.

«Lohnungleichheit. Punkt. Schluss»: Unter diesem Motto versammelten sich Gewerkschaften und deren Sympathisanten am Tag der Arbeit zu Demonstrationen und Festivitäten. In Zürich zogen am Vormittag 13 000 Teilnehmer der 1.-Mai-Kundgebung mit Transparenten und Slogans durch die Innenstadt.

Es sei unglaublich, mit welchem Schnecken tempo es bei der Gleichstellung vorwärtsgehe, sagte die Unia-Präsidentin Vania Alleva als Hauptrednerin des Gewerkschaftsbundes an der Schlusskundgebung. Dabei sei die Kampagne für Lohnungleichheit Teil eines grösseren Kampfes. Es gehe letztlich um die Wahl zwischen Solidarität und sozialer Spaltung. Drei Jahrzehnte

«Marktideologie, Profitmaximierung und Abzockerei» der neoliberalen Globalisierung hätten schwere Verwüstungen angerichtet. Es sei eine «extreme soziale Ungleichheit» geschaffen worden, welche den Nährboden für konservative, autoritäre Kräfte bilde, die eine Politik der Angst vorantreiben würden.

In Freiburg richtete SP-Präsident Christian Levrat eine Mahnung an die Parlamentsmitglieder: «Es gibt keine Ausreden. Lohndiskriminierung existiert und muss endlich bekämpft werden», sagte er. Es gebe keine Legitimation für Aktionen wie jene in der vergangenen Session, als die Lohngleichheitsvorlage durch den Ständerat blockiert worden sei. Das Volk fordere Veränderung, und es sei an der Zeit, dass die Politik und die Wirtschaft endlich in der Realität ankämen.

Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP-Frauen, sagte an der 1.-Mai-Veranstaltung in Thun, sie habe es satt, noch immer für die gleichen Anliegen auf die Strasse gehen zu müssen wie schon ihre Eltern und Grosseletern. Das

Kleinreden, Verharmlosen und Verleugern von Lohndiskriminierung müsse aufhören.

### Mut für den Kampf

In Winterthur machte der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Paul Rechsteiner, mit der Geschichte Mut für den Kampf um Lohnungleichheit. Seit dem Generalstreik vor 100 Jahren hätten die Arbeiter zwar immer wieder Niederlagen einstecken müssen, sagte Rechsteiner. Das Frauenstimmrecht sei zum Beispiel jahrelang verschleppt und das Problem verneint, verharmlost und verwischt worden. Doch: «Auf lange Sicht zählt nicht die Niederlage. Sondern die Kraft, das Engagement, der Mut für berechtigte Forderungen weiterzukämpfen.»

Auch beim aktuellen Kampf für die AHV würden die Arbeiter und Gewerkschaften gut daran tun, sich an diese Erfahrungen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung zu erinnern. Im entscheidenden Moment brauche es auch günstige Umstände und etwas Glück.

Aber von selber habe sich der soziale Fortschritt noch nie eingestellt. «Es brauchte immer den Druck einer starken Bewegung.»

Rechsteiner wagte auch einen Ausblick. «Grosse Konflikte drohen bei der Erneuerung von Gesamtarbeitsverträgen», sagte er mit Bezug auf die Gesamtarbeitsverträge auf dem Bau und bei den SBB. Man müsse sich vorstellen, was ein Streik bei der Bahn in der Schweiz bedeuten würde, sagte er mit Blick auf Frankreich. Auch auf dem Bau schloss er Kampfmassnahmen nicht aus: «Vielleicht wird wieder ein grosser Arbeitskampf nötig, um das Rentenalter 60 auf dem Bau zu verteidigen.»

Unter das Volk mischten sich die beiden SP-Bundesräte. Justizministerin Simonetta Sommaruga besuchte am Nachmittag eine Schokoladenfabrik in Ennenda im Kanton Glarus und traf dort Arbeitnehmende. Bundespräsident Alain Berset hielt auf Einladung des Walliser Gewerkschaftsbundes eine Rede in Sitten. SDA